

Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands - MLPD

Schmalhorststr. 1c, 45899 Gelsenkirchen
Tel.: (0209) 951940 / Fax: (0209) 9519460



MLPD Zentralkomitee, Schmalhorststr. 1c, 45899 Gelsenkirchen

Mail: info@mlpd.de
Internet-Seiten: www.mlpd.de

Gerolf Brettschneider
Bremen
<gerolf@nord-com.net>

19. April 2012

Lieber Gerolf,

vielen Dank für deinen Brief vom 25. Februar, den wir am 27. Februar erhalten haben. Du erinnerst uns daran, die Frage zu prüfen, ob und ggf. wie die Forderungen im Parteiprogramm geändert werden müssen:

„Für die Erhöhung des Arbeitslosengeldes und die unbegrenzte Fortzahlung für die Dauer der Arbeitslosigkeit!“

„Erhöhung der Sozialunterstützung!“

Ich hatte dir geschrieben, wie die *„Quelle der Verwirrung“* durch den von der Wirklichkeit überholten Begriff der *'Sozialunterstützung' im Parteiprogramm lösen können, werden wir noch beraten.*

Ich habe mich inzwischen weiter in die Materie der Un" Sozialgesetzgebung" eingearbeitet, was ein ziemlicher Kampf ist, weil das ja absichtlich so angelegt ist, dass man es nicht verstehen soll. Mir ist dabei klar geworden, dass ich falsch gelegen bin, als ich sagte, dass der Begriff „Sozialunterstützung“ von der Wirklichkeit überholt sei.

Im Parteiprogramm der MLPD ist festgehalten, dass die MLPD für alle Arbeitslosen, die durch eine und wenn auch zeitweilige Erwerbstätigkeit einen Anspruch auf Arbeitslosengeld erworben haben, egal ob kurzzeit- oder langzeitarbeitslos, die unbegrenzte Fortzahlung des Arbeitslosengeldes fordert – sowie dessen Erhöhung. Das hatten wir ja auch schon unter einander geklärt. Die Regelungen - früher Arbeitslosengeld und dann Arbeitslosenhilfe, oder heute Arbeitslosengeld I und dann ALG II/Hartz IV - sollen u.a. die bürgerliche Hetze vermitteln, dass die Menschen selbst schuld seien, wenn sie keine neue Arbeit finden und dafür auch finanziell gestraft werden müssten. Wir wissen, dass der Verursacher der Arbeitslosigkeit der Kapitalismus ist und wollen diesem Übel an die Wurzel gehen.

Der Begriff „Sozialunterstützung“ im Parteiprogramm ist nicht falsch, sondern beinhaltet sowohl Sozialhilfe als auch Sozialgeld, was beides erhöht werden muss.

Als das Programm beschlossen wurde, hieß die Leistung konkret „Sozialhilfe“. Als ich schrieb, es müsste „Sozialgeld“ heißen, war mir der Unterschied von Sozialgeld und Sozialhilfe nicht klar. Der allgemeine Begriff „Sozialunterstützung“ macht Sinn, weil damit Namensänderungen durch neue Gesetze abgedeckt sind. Deshalb ist dieser Begriff eben nicht, wie ich behauptet hatte, „von der Wirklichkeit überholt“ - sondern so flexibel, dass er auf solche Veränderungen eingestellt ist.

Deshalb sehe ich keine Notwendigkeit der Änderung des Parteiprogramms, wobei es gleichzeitig sehr notwendig ist, vorhandene Forderungen immer wieder zu erklären und zu konkretisieren. Und auch neue Forderungen aufzustellen, wie das z.B. mit „Weg mit Hartz IV!“, „Weg mit allen Hartz-Gesetzen!“ und „Für einen Mindeststundenlohn von (derzeit) 10 Euro!“ etc. geschehen ist. Wenn du da Vorschläge hast, würden wir uns freuen.

Dass ich in meinem Brief vom 14. Oktober geschrieben hatte: *„Wir fordern für alle Arbeitslosen die Zahlung von Arbeitslosengeld I einschließlich der Erhöhung und dauerhaften Zahlung: für die jetzigen Hartz-IV-Betroffenen, für arbeitslose Jugendliche, die noch nie Gelegenheit hatten, in Arbeit zu kommen, für Asylbewerber, die keine Arbeitserlaubnis haben usw.“* war ein Fehler. Das verwischt aber den Unterschied zwischen Arbeitslosenunterstützung und sonstiger Sozialunterstützung und würde sich tatsächlich kaum vom bedingungslosen Grundeinkommen unterscheiden.

Wir müssen bei den Hartz-IV-Betroffenen unterscheiden zwischen denen,

- die nach Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in Hartz IV gezwungen wurden und für die wir die unbegrenzte Fortzahlung des Arbeitslosengeldes fordern
- und dem Teil der Hartz-IV-Betroffenen, die entweder gesellschaftlich bedingt gar keine Chance bekamen, durch Erwerbstätigkeit einen Anspruch auf ALG I zu erwerben (weil es nicht genügend Arbeits- und Ausbildungsplätze gibt) oder persönlich bedingt (weil sie durch kleine Kinder, Krankheit, Alter oder sonstige Bedingungen) nicht erwerbstätig sein konnten oder können.

„Weg mit Hartz IV!“ und „Erhöhung der Sozialunterstützung!“ bedeutet für diesen letzteren Personenkreis, dass sie eine **durch ihre konkrete Lage bedingte erhöhte staatliche Sozialunterstützung** erhalten müssen – so wie das vor Hartz IV mit der Sozialhilfe für nicht erwerbsfähige Menschen vom Prinzip her gegeben war. Für diesen Personenkreis gilt unsere Forderung nach „Erhöhung der Sozialunterstützung!“ Das muss verbunden sein damit, dass jegliche Schikanen bei der Bedarfsprüfung entschieden zurück gewiesen werden. Und es bedeutet auch, dass wir die Unterscheidung zwischen Hartz-IV, Sozialgeld und Sozialhilfe, die mit den Hartz-IV-Gesetzen für diesen Personenkreis eingeführt wurde, ablehnen.

Der Kampf um diese Reformen ist eine Schule des Klassenkampfes, für eine sozialistische Gesellschaft als Übergangsgesellschaft zu einer kommunistischen Gesellschaft, in der wirklich nach den Bedürfnissen der Massen verteilt werden kann.

Ich hatte ja schon oben ausgeführt, warum das Parteiprogramm hier nicht geändert werden muss. Wir werden trotzdem dein Anliegen aufgreifen, wenn das Parteiprogramm bzw. das Kampfprogramm in Fragen der Aktualisierung und Konkretisierung überarbeitet werden soll. Jeder Parteitag hat seine eigenen Schwerpunkte und bei diesem Parteitag steht eine entsprechende Diskussion über das Parteiprogramm nicht an. So etwas würde von der Partei längerfristig vorbereitet, die Mitglieder würden einbezogen, in dem sie Anträge schreiben und die MLPD bezieht dann auch „Nicht-Mitglieder“ ein, die Vorschläge machen können. So haben wir das auch 1999 bei der Erarbeitung des vorliegenden Programms gemacht. Dessen Entwurf wurde mit vielen Nicht-Parteimitgliedern diskutiert.

Soweit für heute. Ich hoffe, wir kommen in der Klärung weiter.

Vielen Dank für deine Hartnäckigkeit. Das unterstützt meine Einarbeitung in die komplizierte Materie. Ganz herzliche Grüße nach Bremen! Spätestens bei der nächsten Berliner Demo werde ich das Bremer Transparent suchen, um auch mal persönlich „Hallo“ sagen zu können.

Susanne Wagner